Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 30.11.2021
Beginn: 17:02 Uhr
Ende: 18:04 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal 128

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Walter Sieveke

Ratsmitglieder

Herr Evren Demirkol

Frau Manuela Deux

Vertretung für Herrn Torsten Mennewisch

Frau Margarete Godde

Herr Tobias Hermesch

Herr Fabio Maier

Herr Moritz Ovelgönne

Herr Andreas Pund

Herr Konrad Rohe

Herr Frank Rottinghaus

Vertretung für Frau Ünzile Yilmaz

Herr Paul Sandmann

Herr Thomas Schlarmann

Herr Peter Willenborg

Herr Ulrich Zerhusen

Grundmandat

Herr Dr. Lutz Neubauer

Verwaltung

Herr Gert Kühling

Herr Hermann Theder

Herr Maik Bakenhus

Tagesordnung:**Öffentlich**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 14.09.2021
3. Vertrag vom 25.11.2004 zur Übernahme und Durchführung der Abwasserbeseitigung der Stadt Lohne durch den OOWV - Abschluss einer Ergänzungsvereinbarung
Vorlage: 20/020/2021
4. Erneuerung von Sportplätzen des Heinz-Dettmer-Stadions
Vorlage: 20/018/2021
5. Gebührenbedarfsberechnung für die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“ für die Haushaltsjahre 2022 – 2024
Vorlage: 22/003/2021
6. Neues Kommunales Rechnungswesen - Unterjähriges Berichtswesen
Vorlage: 22/004/2021
7. Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2022
Vorlage: 20/017/2021
8. Mitteilungen und Anfragen

Öffentlich**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte die Anwesenden, darunter Herrn Kay Schönfeld vom OOWV und den Vorstand des Sportvereins Blau-Weiß Lohne.

2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 14.09.2021

mehrheitlich beschlossen
Ja-Stimmen: 9 , Enthaltungen: 5

**3. Vertrag vom 25.11.2004 zur Übernahme und Durchführung der Abwasserbeseitigung der Stadt Lohne durch den OOWV - Abschluss einer Ergänzungsvereinbarung
Vorlage: 20/020/2021****Sachverhalt:**

Die Stadt Lohne hat ihre Abwasserbeseitigungsanlagen mit Vertrag vom 25.11.2004 zum 01.01.2005 auf den OOWV übertragen. Sie ist seitdem Mitglied im Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) im Bereich Abwasser. Zum 01.01.2019 wurde die Mitgliedschaft auf den Bereich Trinkwasser erweitert. Die Rechtsverhältnisse zur Abwasserentsorgung sind seit 2005 durch den OOWV im Wege privatrechtlicher Verträge geregelt, und es wurden privatrechtliche Entgelte erhoben.

Aufgrund des ab dem 01.01.2023 anzuwendenden § 2b des Umsatzsteuergesetzes unterliegen Leistungen der Abwasserentsorgung bei Ausgestaltung auf privatrechtlicher Grundlage künftig der Umsatzsteuer in Höhe von 19 %. Um den hieraus für die Bürger resultierenden Kostennachteil von 10 bis 15 % zu vermeiden, hat die Verbandsversammlung des OOWV am 10.12.2020 einstimmig den Umstieg vom privatrechtlichen Abwasserentgelt zur öffentlich-rechtlichen Abwassergebühr beschlossen.

Mit Gesetz vom 13.05.2009 hat das Land Niedersachsen den § 4 des Nds. Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz (Nds. AGWVG) erlassen. Nach dieser Vorschrift kann eine kommunale Körperschaft einem Wasser- und Bodenverband, dem sie angehört und auf den ihre Abwasserbeseitigungspflicht übergegangen ist, vertraglich die Befugnis übertragen, Satzungen in Bezug auf die Abwasserbeseitigungspflicht zu erlassen, u.a. für Satzungsregelungen, die Abgaben nach dem NKAG in Bezug auf die Abwasserbeseitigung betreffen.

Aus den genannten Gründen hält der OOWV den Abschluss des als Anlage beigefügten Vereinbarungsentwurfs „Klarstellungs- und Ergänzungsvereinbarung zum Aufgabenübertragungsvertrag“ für erforderlich, damit im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Abwasserbeseitigung in Zukunft Gebühren- und Beitragssatzungen nach dem NKAG wirksam erlassen werden können.

Der OOWV hat sich im Rahmen des Übertragungsvertrags von 2004 auf Dauer dazu verpflichtet, für jede Kommune eigenständige Abwassergebühren über eigenständige Bu-

chungskreise und Kalkulationen zu ermitteln und umzusetzen. Dies wird auch künftig so sein. Alle Satzungen werden von der Verbandsversammlung beschlossen, wobei seitens des OOWV zugesichert wurde, dass die Satzungsentwürfe den betroffenen Kommunen im Vorwege kommuniziert werden. Dabei sei darauf hingewiesen, dass in der Verbandsversammlung in Abwasserangelegenheiten die Abwasserkommunen nicht von den Trinkwassermitgliedern überstimmt werden können.

Damit die Leistungen weiterhin umsatzsteuerbefreit sind, ist eine Klarstellungs- und Ergänzungsvereinbarung zu schließen. Der Entwurf ist der Beratungsvorlage als Anlage beigefügt. Die darin zitierten Bestimmungen des Vertrages vom 25.11.2004 lauten:

- **§ 1 Abs. 3**

Die Stadt überträgt dem OOWV die Aufgabe der Abwasserbeseitigung in vollem Umfang und wird Mitglied des OOWV. Der OOWV übernimmt die Aufgabe der Abwasserbeseitigung und wird somit gem. § 150 Abs. 1 Satz 2 NWG selbst abwasserbeseitigungspflichtig. Die Berechtigung zur Erhebung der Entgelte für die Abwasserbeseitigung wird damit von der Stadt auf den OOWV übertragen. Der OOWV erhebt privatrechtliche Entgelte.

- **§ 1 Abs. 6**

Die Stadt überträgt dem OOWV die Satzungsbefugnis für den Bereich Abwasser für den Fall, dass die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vom Gesetzgeber zukünftig geschaffen werden.

- **§ 9**

Der OOWV regelt das Benutzungsverhältnis zu den Verfügungsberechtigten über die Grundstücke, auf denen das Abwasser anfällt, auf privatrechtlicher Grundlage selbst.

Beratungsverlauf:

Stadtkämmerer Theder stellte die Thematik dar. Herr Kay Schönfeld vom OOWV stand für Nachfragen zur Verfügung. Hiervon wurde kein Gebrauch gemacht, so dass der Ausschussvorsitzend den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung stellte.

Beschlussempfehlung:

Dem Abschluss einer „Klarstellungs- und Ergänzungsvereinbarung zum Vertrag zur Übernahme und Durchführung der Abwasserbeseitigung der Stadt Lohne durch den OOWV“ vom 25.11.2004 wird zugestimmt.

Die bestehende Abwasserbeseitigungsabgabensatzung der Stadt Lohne wird mit Wirkung zum 31.12.2022 aufgehoben.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 14

4. Erneuerung von Sportplätzen des Heinz-Dettmer-Stadions Vorlage: 20/018/2021

Sachverhalt:

Im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport am 10.11.2020 wurde das Plankonzept für einen Umbau und eine Erweiterung des Heinz-Dettmer-Stadions an der Steinfelder Straße auf dem bestehenden Vereinsgelände des TuS Blau-Weiß Lohne e.V. (BWL) vorgestellt, nachdem Planungen für neue Spielfelder außerhalb des Vereinsgeländes in den letzten Jahren gescheitert sind. Die inhaltlichen Planungen wurden in der Sitzung des Bauausschusses am 23.11.2021 durch den Vereinsvorstand des Blau-Weiß Lohne e.V. vorgestellt.

Zeitlich sollen zunächst (1. Bauabschnitt) der vorhandene und baulich abgängige Kunstrasenplatz Platz 2 erneuert und die beiden im Nordosten der Sportanlage vorhandenen Plätze 3 und 4 neu aufgebaut und sowohl vom Aufbau her als auch größentechnisch optimiert werden. Der südliche Platz 4 soll zu einem Kunstrasenplatz umgewandelt werden, so dass mehr Nutzungsstunden möglich sind und somit weitere zeitliche Platzkapazitäten für die Fußballmannschaften zur Verfügung gestellt werden können. Platz 3 soll dagegen als Naturrasenplatz erhalten bleiben.

Im 2. Bauabschnitt soll die sanierungsbedürftige ca. 30 Jahre alte Tartanbahn ausgebaut werden – stattdessen soll die Leichtathletikanlage beim Gymnasium Lohne incl. einer Kunststofflaufbahn erneuert werden. Dies ermöglicht im 3. Bauabschnitt eine südliche Verschiebung des Hauptspielfeldes Platz 1, wodurch der Bau eines weiteren Trainingsfeldes (Platz 1B) im Nordwesten der vorhandenen Sportanlage erst ermöglicht wird. Im Anschluss daran plant der Verein (4. Bauabschnitt) den Neubau eines Tribünengebäudes (mit Gastronomie und Geschäftsstelle), da nach der Verschiebung des Spielfeldes die Tribüne sehr ungünstig im Verhältnis zum neuen Hauptspielfeld steht.

Der Verein beantragt mit Schreiben vom 02.11.2021 unter Verweis auf die städtische Sportförderrichtlinie einen Zuschuss zum 1. Bauabschnitt. Nach der vom Fachbüro Kilian und Kollegen erstellten Kostenberechnung wird von Gesamtkosten von 2,152 Mio. € brutto ausgegangen. Der weit überwiegende Teil der Kostengruppe 700 (Baunebenkosten) entfällt auf Planungskosten/Honorare.

Konkret wird für die Baukosten von ca. 1,482 Mio. € netto ein Zuschuss von 75 % = 1,112 Mio. € und für die Planungskosten in Höhe von 326 T€ eine komplette Kostenübernahme beantragt, in der Summe 1,438 Mio. €.

Beratungsverlauf:

Stadtkämmerer Theder erläuterte den Sachverhalt und stellte die Planungen anhand verschiedener Karten und Luftbilder vor.

Eine Nachfrage bezog sich auf die Erweiterung in Richtung Wald. Der Ausschussvorsitzende erteilte einem Vereinsvertreter das Wort, nachdem die Ausschussmitglieder sich damit einverstanden erklärten. Insoweit wurde bestätigt, dass in den Hang hinein gebaut werden muss, um eine ausreichende Spielfeldgröße zu erhalten. Die Fläche selbst ist im Eigentum der Stadt Lohne. Im Lageplan sind alle Eingriffe dargestellt und werden kompensiert.

Ein Ausschussmitglied wies auf die versehentlich in der Vorlage angegebene Bezeichnung brutto statt netto hin und kritisierte die von der Verwaltung vorgesehene und von den Sportförderrichtlinien abweichende Bezuschussung der Planungskosten in Höhe von 100 %. Demzufolge wurde beantragt, auch hier über eine 75-prozentige Förderung beschließen zu

lassen. Ergänzend wurde die Fragestellung aufgeworfen, ob der Verein sich für die geplante Maßnahme die Umsatzsteuer erstatten lassen wird. Der Ausschussvorsitzende erteilte hierzu nochmals einem Vereinsvertreter das Wort. Die Ausschussmitglieder waren auch damit einverstanden. Vereinsseitig wurde erklärt, dass zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht feststehe, ob und inwieweit der Verein hierfür vorsteuerabzugsberechtigt sein wird. Eine Aussage des Finanzamtes liege noch nicht vor.

Die Ausschussmitglieder waren sich einig, dass im Falle einer Vorsteuerabzugsberechtigung des Vereins auch nur der Nettobetrag für die Kosten der Maßnahmen mit 75 % gefördert werden könne. Sollte der Verein nicht vorsteuerabzugsberechtigt sein, kann der Gesamtbetrag (Brutto) mit 75 % gefördert werden.

Der Ausschussvorsitzende ließ zunächst über die Baukosten abstimmen:

Beschlussempfehlung:

Der TuS Blau-Weiß Lohne erhält für die Erneuerung des Kunstrasens auf Platz 2 und für die Neugestaltung der Plätze 3 und 4 ausgehend von vollständigen einer Vorsteuerabzugsberechtigung des Vereins einen Zuschuss auf Basis der städtischen Sportförderrichtlinie in Höhe von 75 % der anfallenden Baukosten, maximal 1,112 Mio. €. Für den Fall, dass ein Vorsteuerabzug nicht oder nur anteilig möglich ist, erhöht sich der Zuschuss entsprechend.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 13 , Enthaltungen: 1

Anschließend wurde über die Zuschusshöhe für die Planungskosten – wie in der ursprünglichen Vorlage vorgesehen – abgestimmt:

Beschlussempfehlung:

Die Planungskosten für diese Maßnahme übernimmt die Stadt Lohne zu 100 %, maximal 326.000 €. Für den Fall, dass ein Vorsteuerabzug nicht oder nur anteilig möglich ist, erhöht sich der Zuschuss entsprechend.

mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 6 , Nein-Stimmen: 8

Danach ließ der Ausschussvorsitzende über den eingebrachten Antrag abstimmen:

Beschlussempfehlung:

Die Planungskosten für diese Maßnahme übernimmt die Stadt Lohne zu 75 %, maximal 244.500 €. Für den Fall, dass ein Vorsteuerabzug nicht oder nur anteilig möglich ist, erhöht sich der Zuschuss entsprechend.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 12 , Enthaltungen: 2

**5. Gebührenbedarfsberechnung für die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“ für die Haushaltsjahre 2022 – 2024
Vorlage: 22/003/2021**

Sachverhalt:

Laut Beschluss des Stadtrates vom 09.12.2020 ist der Kalkulationszeitraum für die o. a. Einrichtung ab dem Jahr 2022 auf drei Jahre festgelegt. Die Kalkulation für die Jahre 2022 - 2024 weist folgende Ergebnisse aus:

Reinigungsklasse 1:	1,27 €/m
Reinigungsklasse 3:	12,53 €/m

Das Betriebsergebnis für das Jahr 2020 ergab in der Reinigungsklasse 1 einen Überschuss in Höhe von 7.816,69 € und in der Reinigungsklasse 3 einen Fehlbetrag in Höhe von 574,52 €. Der Überschuss und Fehlbetrag in den Reinigungsklassen 1 und 3 wird in den Jahren 2022, 2023 und 2024 ausgeglichen.

Seit dem Jahr 2016 betragen die Gebührensätze 1,25 € bzw. 11,64 € je m Straßenfront.

Während der für die Reinigungsklasse 1 ermittelte Gebührensatz mit 1,27 €/m nur geringfügig vom zurzeit festgesetzten kostendeckenden Gebührensatz abweicht, beträgt die Differenz in der Reinigungsklasse 3 (Bereich der Fußgängerzone, Innenstadt) zum zurzeit festgesetzten kostendeckenden Gebührensatz 0,89 €/m. Eine Anpassung des Gebührensatzes auf 12,53 €/m würde zu jährlichen Mehreinnahmen von ca. 1.500 € führen. Allerdings würde diesen Mehreinnahmen entsprechender Aufwand in Form von erhöhtem Verwaltungsaufwand (Gebührenbescheide erstellen, Porto- und Papierkosten, Verwaltungsallgemeinkosten etc.) gegenüberstehen. Auch in Hinblick auf das Interesse der Allgemeinheit an einem sauberen Zustand und der jetzigen und künftigen Bautätigkeit in der Fußgängerzone erscheint es sachgerecht, in dieser Kalkulationsperiode von einer Anpassung abzusehen.

Die Gebührensätze können daher für den Kalkulationszeitraum 2022 - 2024 unverändert bleiben.

Für die Festsetzung der Gebührensätze ist der Ortsgesetzgeber zuständig. Grundlage für diese Entscheidung ist eine Gebührenkalkulation, über die zu beschließen ist.

Beschlussempfehlung:

1. Der Gebührenbedarfsberechnung für den Kalkulationszeitraum 2022 - 2024 für die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“ wird zugestimmt.
2. Die Gebührensätze für den Kalkulationszeitraum 2022 - 2024 bleiben unverändert.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 13

Ausschussmitglied Sandmann hatte den Ratssaal vorübergehend verlassen und nahm an der Abstimmung nicht teil.

6. Neues Kommunales Rechnungswesen - Unterjähriges Berichtswesen
Vorlage: 22/004/2021

Sachverhalt:

In § 21 der Kommunalhaushalts- und Kassenverordnung (KomHKVO) ist zur Unterstützung der Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Kommune entsprechend den örtlichen Bedürfnissen u. a. ein Controlling mit einem unterjährigen Berichtswesen geregelt. Hiermit soll die Möglichkeit eröffnet werden, notfalls Korrekturen in der Haushaltsführung vorzunehmen. Zum Stichtag 31.10.2021 ergibt sich folgender Stand der Haushaltsführung:

Ergebnishaushalt	Haushaltsplan (einschl. Nachtrag)	Stand: 31.10.2021	Stand: 31.10.2020
Ordentliche Erträge <u>davon:</u>	50.817.700,00 €	39.150.198,91 €	37.376.365,16 €
Gewerbsteuer	21.500.000,00 €	16.912.059,11 €	17.289.268,46 €
Gemeindeanteil der Einkommenssteuer	12.585.000,00 €	10.350.491,00 €	8.818.385,00 €
Ordentliche Aufwendungen	48.483.800,00 €	31.955.571,08 €	32.845.490,43 €
Außerordentliche Erträge	800.000,00 €	1.466.334,46 €	1.941.365,38 €
Außerordentliche Aufwendungen	200.000,00 €	8.690,09 €	104.857,52 €

Finanzhaushalt	Haushaltsplan (einschl. Nachtrag)	Stand: 31.10.2021	Stand: 31.10.2020
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	48.967.200,00 €	39.841.670,47 €	33.739.116,68 €
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	43.595.800,00 €	33.383.411,69 €	34.575.840,40 €
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	7.360.000,00 €	3.422.117,49 €	5.746.271,41 €
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	24.015.000,00 €	22.199.153,96 €	8.849.198,66 €
Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	2.700.000,00 €	0,00 €	138.366,84 €
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	1.089.000,00 €	788.056,56 €	781.955,27 €
Summensaldo Finanzhaushalt:	-9.672.600,00 €	-13.106.834,25 €	-4.583.239,40 €

Anmerkungen:

- Der Gewerbesteuerhaushaltsansatz für 2021 beträgt 21.500.000,00 €. Die Gewerbesteuerforderungen bis zum Jahresende betragen zurzeit 23.836.227,63 €. Durch noch vorzunehmende Berichtigungsveranlagungen wird sich dieser Forderungsbetrag noch verändern. Enthalten sind zudem im Einspruchsverfahren befindliche Forderungen in Höhe von ca. 0,7 Mio. € größerer Unternehmen.
- Die Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken (Außerordentliche Erträge durch Verkauf über Bilanzwert) liegen zurzeit ca. 0,65 Mio. Euro über dem Haushaltsansatz von 800.000,00 €. Die Erlöse resultieren u. a. aus dem Verkauf von Wohnbau- und Erbbaugrundstücken (BG 26 E, BG 146 B, BG 138) sowie einem Gewerbegrundstück.
- Die Liquidität, d. h. die Fähigkeit der Stadt Lohne, zu jeder Zeit ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, ist gewährleistet.

zur Kenntnis genommen

7. Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2022
Vorlage: 20/017/2021

Sachverhalt:

Der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2022 mit Stand 16.11.2021 gliedert sich wie folgt:

1. Ergebnishaushalt

Bezeichnung		Ansatz 2022
01.	Steuern und ähnliche Abgaben	42.371.000
02.	Zuwendungen und allgemeine Umlagen außer für Investitionstätigkeit	3.656.500
03.	Auflösungserträge aus Sonderposten	1.720.000
04.	Sonstige Transfererträge	0
05.	Öffentl.-rechtl. Entgelte außer Beiträgen u. ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	998.000
06.	Privatrechtliche Entgelte	956.000
07.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	391.000
08.	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	136.000
09.	Aktivierete Eigenleistungen	0
10.	Bestandsveränderungen	0
11.	Sonstige ordentliche Erträge	1.392.000
12.	= Summe ordentliche Erträge	51.620.500

13.	Aufwendungen für aktives Personal	9.323.100
14.	Aufwendungen für Versorgung	70.000
15.	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.197.300
16.	Abschreibungen	4.608.000
17.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	37.000
18.	Transferaufwendungen	25.138.000
19.	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.481.300

21.	= Summe ordentliche Aufwendungen	49.854.700
	ordentliches Ergebnis = Überschuss 2021	1.765.800

2. Finanzhaushalt

Der Finanzhaushalt enthält alle Ein- und Auszahlungen eines Jahres und umfasst somit auch die Investitionen.

Bezeichnung		Ansatz 2022
01.	Steuern und ähnliche Abgaben	42.371.000
02.	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (außer für Investitionstätigkeit)	3.656.500
03.	Sonstige Transfereinzahlungen	0
04.	Öffentl.-rechtl. Entgelte außer Beiträgen u. ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	998.000
05.	Privatrechtliche Entgelte (außer für Investitionstätigkeit)	956.000
06.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen außer für Investitionstätigkeit	391.000
07.	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	136.000
09.	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	1.226.000
10.	= Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	49.734.500
11.	Auszahlungen für aktives Personal	8.751.100
12.	Auszahlungen für Versorgung	70.000
13.	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	8.197.300
14.	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	37.000
15.	Transferauszahlungen (außer für Investitionstätigkeit)	25.138.000
16.	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	2.481.300
17.	= Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	44.674.700
18.	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.059.800
19.	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	6.987.000
20.	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	520.000
21.	Veräußerung von Sachvermögen	2.050.000
23.	Sonstige Investitionstätigkeit	223.000
24.	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	9.780.000
25.	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	3.042.000
26.	Baumaßnahmen	20.010.000
27.	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.368.000
29.	Aktivierbare Zuwendungen	1.552.000
30.	Sonstige Investitionstätigkeit	435.000
31.	= Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	26.407.000
32.	Saldo aus Investitionstätigkeit	- 16.627.000
33.	Finanzmittel-Überschuss / - Fehlbetrag	- 11.567.200
34.	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten	4.400.000
35.	Auszahlungen; Tilgung von Krediten	1.079.000
36.	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	3.321.000

37.	= Summe der Salden aus Zeile 33 und 36 (Änderung des Zahlungsmittelbestands)	- 8.246.200
-----	--	-------------

Der komplette Entwurf des Haushaltsplans wurde den Ratsmitgliedern gesondert zugestellt.

Ergebnishaushalt

- Realsteuererträge (Grund- und Gewerbesteuern) werden 2022 in Höhe von 25,495 Mio. € eingeplant. Der Gewerbesteueransatz wird mit 21,7 Mio. € kalkuliert, die Grundsteuer A und B mit zusammen 3,795 Mio. €.
- Die Steuerhebesätze bleiben im Entwurf 2022 konstant. Für die Grundsteuer wurden sie letztmals zum 1.1.1998 (von 235 auf 275 v. H.) angepasst, der Gewerbesteuerhebesatz beträgt seit 2016 330 v.H. Zum Vergleich: in der Gemeindegrößenklasse von 20.000 – 50.000 Einwohnern betragen die durchschnittlichen Hebesätze in Niedersachsen im Jahr 2020 für die Grundsteuer B 416 v.H. und für die Gewerbesteuer 396 v.H. Für das Jahr 2022 betragen die für die Berechnung der Finanzausgleichsleistungen und Kreisumlage maßgebenden Hebesätze (90 % des gewichteten Durchschnittshebesatzes der niedersächsischen Gemeinden unter 100.000 Einwohner im Jahr 2020) bei der Grundsteuer A = 352 v. H. Grundsteuer B = 373 v. H., Gewerbesteuer = 351 v. H.
- Im Haushalt 2022 werden 13,220 Mio. € aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer- und 3,086 Mio. € aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer veranschlagt. Hiervon fließen über den Finanzausgleich ca. 30 % im Folgejahr als Kreisumlage an den Landkreis Vechta weiter. Nach der aktuellen Steuerschätzung vom 11.11.2021 wird für das Jahr 2022 auf Landesebene ein Einkommensteueranteil von 3,825 Mrd. € erwartet – 135 Mio. € mehr als noch im Mai prognostiziert. Hiervon erhält die Stadt Lohne 2022 einen Anteil von 0,34563 %-Punkten. Die Steuerschätzung geht für Niedersachsen für 2022 von einem Umsatzsteueranteil von nur noch 670 Mio. € aus (2021 = 779 Mio. €), als Folge davon, dass gesamtstaatlich Zuordnungen zugunsten der Gemeinden auslaufen werden. Hier beläuft sich der Anteil der Stadt Lohne auf 0,4606491 %-Punkte, so dass ein Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer von 3,086 Mio. € eingeplant wird.
- Der Personalkostenansatz (Aufwand) für aktives Personal beträgt für das Jahr 2022 einschließlich der Zuführungsbeträge zu den Rückstellungen 9,323 Mio. € und erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 1,8 %, da neben den Besoldungs- bzw. Lohn-erhöhungen kaum neue Stellen ausgewiesen wurden. Zahlungswirksam im Finanzhaushalt (ohne Rückstellungen) sind für aktives Personal 8,592 Mio. € eingeplant.
- Die Kreisumlage wird 2022 auf einer Basis von unverändert 34 Punkten mit 14,157 Mio. € veranschlagt. Sie berechnet sich auf Basis der Steuereinnahmen im Zeitraum 1.10.2020 – 30.9.2021. 2021 lag die Kreisumlage noch bei 13,313 Mio. €, das bedeutet von 2021 nach 2022 einen Anstieg von 844 Tsd. €. Ein Punkt Kreisumlage entspricht im Jahr 2022 Ausgaben von ca. 416.400 € (2021 = 394.000 €).
- Die auf die tatsächlichen Ist-Einnahmen abzuführende Gewerbesteuerumlage beträgt weiterhin 35 Punkte, bei einem Gewerbesteuer-Planansatz von 21,7 Mio. € daher 2,302 Mio. €.
- Um das bestehende Finanzkraftgefälle auf Gemeindeebene anzugleichen, erhalten Gemeinden in der Regel Schlüsselzuweisungen durch das Land. Steuerstarke Kommunen müssen stattdessen ab einer gewissen eigenen Steuerkraft einen Betrag von

20 % des Überschusses in den Finanzausgleichstopf als Umlage an das Land Niedersachsen abführen.

Das Land verteilte 2021 2,249 Mrd. € Schlüsselzuweisungen für Gemeindeaufgaben nach der Einwohnerzahl der Städte und Gemeinden (die für einwohnerstärkere Gemeinden höher gewichtet wird), unter Berücksichtigung der jeweils vorhandenen individuellen kommunalen Steuerkraft und Einwohnerzahl – im Durchschnitt also etwa 281 € je Einwohner. Eine niedersächsische Gemeinde mit ca. 27.000 Einwohnern erhält also 2021 im Schnitt ca. 7,5 Mio. € Schlüsselzuweisungen vom Land. Die Stadt Lohne erhält wegen ihrer hohen Steuerkraft (wie in fast allen Jahren seit 1999) weder 2021 noch 2022 Schlüsselzuweisungen. Stattdessen wird für das Jahr 2022 bei 27.396 Einwohnern (am Stichtag 30.06.2021) und einem in der Prognose nur leicht erhöhten Grundbetrag je Einwohner von 1.190 € die Abführung einer FAG-Umlage an das Land in Höhe von 914.000 € erwartet. Dies bedeutet einen neuen Höchststand.

In diesem Finanzausgleichssystem wird unterstellt, dass alle Städte und Gemeinden den vereinheitlichten niedersächsischen Durchschnittssatz erheben. Für die Grundsteuer B heißt das konkret, dass angenommen wird, dass Lohne nicht die tatsächlichen 3,664 Mio. € im zugrundeliegenden Zeitraum eingenommen hat, sondern fiktive 4,969 Mio. €.

- Der Ergebnishaushalt des Jahres 2022 schließt mit einem Planüberschuss von 1,766 Mio. €.

Finanzhaushalt

- Die laufenden Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushaltes sind in der Planung mit dem Ergebnishaushalt überwiegend identisch. Unterschiede zwischen Finanzhaushalt und Ergebnishaushalt ergeben sich vor allem daraus, dass sich Investitionen (Baumaßnahmen / vermögenswirksame Anschaffungen) im Finanzhaushalt niederschlagen, während in den Ergebnishaushalt die sich hieraus ergebenden Abschreibungen einfließen.
- Im laufenden Finanzhaushalt 2022 wird ein Zahlungsmittelüberschuss von ca. 5,060 Mio. € erwartet (Planansatz 2021 = 5,341 Mio. €).
- Die Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen für Grunderwerb, Baumaßnahmen, Erwerb von beweglichen Vermögensgegenständen betragen 2022 planmäßig 26,407 Mio. €, davon alleine für Baumaßnahmen 20,010 Mio. €. Dies bedeutet selbst im Vergleich zu den gewohnt überdurchschnittlichen Ausgabeansätzen der Stadt Lohne ein außerordentlich hohes Niveau, bedingt sowohl durch die Zahl und Qualität der Maßnahmen als auch durch die starken Preissteigerungen im Baubereich.
- Den Auszahlungen für Investitionen stehen erwartete Einzahlungen in Höhe von rd. 9,780 Mio. € gegenüber (Zuwendungen, Beiträge, Veräußerungserlöse).
- Der investive Finanzmittelfehlbetrag in Höhe von 13,421 Mio. € wird neben dem Überschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit (5,060 Mio. €) und der möglichen Kreditaufnahme (4,4 Mio. €) aus Reserven des vorhandenen Zahlungsmittelbestands finanziert, die aus Einsparungen und Mehreinnahmen des Vorjahres entstanden. Dabei ist gleichzeitig eine planmäßige Tilgung bestehender Kredite von 1.079.000 € eingeplant, so dass sich die Nettoneuverschuldung auf 3.321.000 € beläuft.
- Unter diesen Voraussetzungen sind die nach § 110 Abs. 4 NKomVG geforderte Liquidität der Kommune sowie die Finanzierung der eingeplanten Investitionen und In-

vestitionsförderungsmaßnahmen noch sichergestellt.

Stellenplan:

Nach § 5 KomHKVO weist der Stellenplan die erforderlichen Stellen der Beamten und der weiteren nicht nur vorübergehend Beschäftigten aus. Gemäß der gesetzlichen Vorgabe enthält der Stellenplanentwurf für das Haushaltsjahr 2022 nur die erforderlichen Planstellen.

Im Jahr 2020 betrug der Personalaufwand für aktives Personal 8,305 Mio. €. Dabei beliefen sich die momentan gebuchten auszahlungsgleichen Dienstaufwendungen auf 7,748 Mio. €. Hinzu kommen noch vorzunehmende Abschlussbuchungen für Pensions- und Beihilferückstellungen sowie Rückstellungen für Urlaub, Überstunden und Altersteilzeit in Höhe von voraussichtlich insgesamt 557 T€.

Zahlungswirksam waren im Personalbereich für aktives Personal 2020 7,786 Mio. €, woraus sich bei einer Einwohnerzahl von 27.144 (Stand 30.06.2020) Personalauszahlungen in Höhe von 286,84 € je Einwohner ergaben.

Der Personalbestand der Stadtverwaltung einschließlich Hausmeister, Bauhof, Schulsekretärinnen und Waldbadpersonal ist nach wie vor im Vergleich zu anderen Kommunen gering. Ein interkommunaler Vergleich ist wegen der sehr unterschiedlich ausfallenden Aufgabenbereiche der Kommunen zwar mit Vorsicht zu genießen, aber: in Niedersachsen betragen im Jahr 2020 die Personalauszahlungen pro Einwohner im Durchschnitt aller kreisangehörigen Gemeinden 562 € je Einwohner.

Tendenziell ist der Stellenplanentwurf 2022 in der Planstellenausweisung konstant, es wird eine zusätzliche Stelle im Bereich des Bauhofs geschaffen.

Beratungsverlauf:

Stadtkämmerer Theder teilte zunächst mit, dass er aufgrund der Steuerschätzung vom November die finanzielle Entwicklung noch optimistisch gesehen habe – allerdings stellt sich die Situation jetzt aufgrund der drohenden Corona Maßnahmen schon wieder anders dar.

Sodann erläuterte der Kämmerer die wesentlichen Positionen aus der Sitzungsvorlage und stellte das insgesamt positive Ergebnis heraus. Im Hinblick auf die vielen Investitionen würden ohnehin Gelder gebraucht und eine Kreditaufnahme erforderlich.

Ein Ausschussmitglied wies darauf hin, dass der Haushalt wieder einmal nicht fristgerecht zum 01.01.2022 und somit nicht gesetzeskonform in Kraft tritt. Auch wurden bei Einzelinvestitionen über 1 Million € erneut keine Wirtschaftlichkeitsvergleiche erstellt. Als Beispiele wurden das Feuerwehrgerätehaus Brockdorf, die Tanzhalle Stage 7 und die Sanierung der Sporthalle am Bergweg genannt. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass die Höhe der vom Kämmerer erwarteten Haushaltsrest immer noch bei rund 24 Millionen € liege und dem Haushaltsplan eine Bilanz beigefügt ist, die noch vom 31.12.2016 datiert. Hierzu wurde gefordert, dass dem Haushaltsplan 2023 eine aktuelle Bilanz in detaillierter Form beigefügt wird. Ein weiterer Hinweis bezog sich auf die Produkte Verwaltungsleitung, Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Wirtschaftsförderung und Tourismus, die als wesentliche Produkte im Haushalt entfallen sollten. Bezüglich der Straßenunterhaltung wurde angemerkt, dass zukünftig ein höherer Betrag ausgewiesen werden sollte, weil ein Wegfall der Straßenausbaubeiträge geplant sei. Auch sollte die Stadt Löhne den Durchlaufposten „Bandenwerbung“ für den Verein Blau-Weiß Löhne einstellen und an den Verein abgeben.

Der Ausschussvorsitzende ließ dann über den Haushalt 2022 abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan sowie das Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2022 werden beschlossen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 14

8. Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen lagen nicht vor.

Gert Kühling
Allg. Vertreter des
Bürgermeisters

Walter Sieveke
Vorsitzender

Maik Bakenhus
Protokollführer